



„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“

Marx/Engels: Aus dem Manifest der Kommunistischen Partei

Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg
Frieden und Freundschaft mit Russland und China!

1-2025

Internet: brandenburg.dkp.de

Die Wahrheit nicht vergessen!

Wenn wir die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg vergessen, wird der Krieg wieder kommen!

Am 1. September 1939 brach der bisher grausamste und blutigste Krieg der Weltgeschichte aus. Er wurde vom aggressiven Block der faschistischen Mächte - Deutschland, Italien und Japan - und ihren Vasallen entfesselt.

Allerdings unterschied sich die allgemeine Weltlage im Jahre 1939, als der Kampf zwischen den beiden imperialistischen Blöcken um die Neuverteilung der Welt und um die Weltherrschaft erneut begann, wesentlich von der Lage im Jahre 1914.

Der wichtigste Unterschied bestand darin, dass es im Jahre 1939 den Kapitalismus als allumfassendes Weltsystem nicht mehr gab. Die Weltpolitik wurde zunehmend von einem sozialistischen Staat aktiv mitbestimmt, der sich zugleich zum natürlichen Anziehungspunkt für die fortschrittlichen antiimperialistischen Kräfte der Welt entwickelt hatte.

Nach dem heimtückischen Überfall der deutschen Faschisten und ihrer Verbündeten auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 nahm der Zweite Weltkrieg seitens der Völker, die dem faschistischen Block gegenüberstanden, endgültig den Charakter eines gerechten Befreiungskrieges an.

Im Gegensatz zu der von US-Präsident Donald Trump bei seiner zweiten Thronbesteigung aufgestellten Behauptung, dass die Sowjetunion den USA „geholfen“ habe, den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen, war es in Wirklichkeit der erste sozialistische Staat der Welt, der die entscheidende Rolle im Kampf gegen die faschistische Aggression, um Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt aller Völker spielte.

27 Millionen Sowjetbürger - Russen, Ukrainer, Belorussen - verloren ihr Leben im Kampf um die Befreiung der UdSSR und der anderen Völker vom Faschismus. Auf dem Reichstag wehte die rote Fahne als Symbol des Sieges über den Faschismus.

Für das deutsche Volk war der Sieg über den Faschismus die Chance für einen Neubeginn. Im Deutschland jener Tage ging ja nicht nur eine imperialistische Führungsschicht zu Boden. Städte waren zerstört, Tote gab es in jeder Familie, Hunger und Trümmer bestimmten das Bild. Deutschland hatte jetzt die Möglichkeit, sich auf sein besseres Selbst zu besinnen. Thomas Mann rief schon Ende 1943 dazu auf: „Nicht Deutschland oder das deutsche Volk sei zu vernichten und zu sterilisieren, sondern zu zerstören sei die schuldbeladene Machtkombination von Junkern, Militär und Großindustrie, die für zwei Weltkriege die Verantwortung tragen. Alle Hoffnung beruhe auf einer echten und reinigenden deutschen Revolution, die von den Siegern etwa nicht zu verhindern, sondern zu begünstigen und zu fördern sei...“.

Solche Konzepte fanden den höchsten Respekt der Sowjetunion sowie ihr Verständnis und waren Bestandteil ihrer Kriegsziele und Leitfadens der darauf beruhenden Handlungen - bis zum Hissen der sowjetischen Fahne auf dem Reichstag und der folgenden Politik als Besatzungsmacht in der sowjetischen Besatzungszone sowie im Kontrollrat.

Wider besseres Wissen hat aber der damalige deutsche und internationale Propagandaapparat schon die Losung vom „Drang nach Osten“ in „Gefahr aus dem Osten“ umgewandelt. Die Rote Armee habe, so wurde behauptet, das Ziel, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten.

Спасибо!



Dank euch, ihr Sowjetsoldaten

Wer hat vollbracht all die Taten, die uns befreit von der Fron? Es waren die Sowjetsoldaten, die Helden der Sowjetunion. Dank euch, ihr Sowjetsoldaten, euch Helden der Sowjetunion!

Wem dankt das Gute und Schöne der deutsche Arbeitersohn? Er dankt es dem Blut der Söhne, der Söhne der Revolution! Vergesst nicht das Blut der Söhne, der Söhne der Revolution!

Die Welt von Licht überflutet – wir wussten es immer schon: Für aller Glück hat geblutet das Herz der Sowjetunion. Es hat auch für dich geblutet das Herz der Sowjetunion!

Sterne unendliches Glühen, Lieder singen davon: Es brachte die Welt zum Blühen das Blut der Sowjetunion. Es brachte der Welt den Frieden die Macht der Sowjetunion! (J. R. Becher)

Sowjetfeindlichkeit, Russophobie und Völkerhass wurden maßlos! Die Lüge konnte nicht groß genug sein! Eine Praxis, die auch heute Alltag ist!

J. W. Stalin antwortete im Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 23. Februar 1942: „Solche idiotischen Ziele hat die Rote Armee nicht und kann sie nicht haben. Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien. Es wäre aber lächerlich, die Hitler-Clique mit dem deutschen Volke,

--> Fortsetzung auf Seite 2



Der Gründungskongress der Zweiten Internationale (1889) beschloss, gleichzeitig in allen Ländern „eine große internationale Manifestation“ für die Erkämpfung des Achtstunden-Arbeitstages und für internationale proletarische Solidarität durchzuführen.

In Erinnerung an die Kämpfe der amerikanischen Arbeiter für den Achstunden-Arbeitstag am 1. Mai 1886 wurde dafür der 1. Mai 1890 vorgesehen. An diesem Tag legten z.B. in Deutschland trotz des Sozialistengesetzes rund 200.000 Arbeiter die Arbeit nieder. Am 1. Mai 1891 wurden in einigen Ländern wiederum Demonstrationen durchgeführt.

Der Brüsseler Kongress der Zweiten Internationale (1891) beschloss daraufhin, alljährlich den 1. Mai als gemeinsamen „Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen“, zu feiern. Damit wurde der Charakter des 1. Mai als alljährlicher Kampftag der Arbeiterklasse bekräftigt und endgültig beschlossen. Organisatoren des 1. Mai waren und sind die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften. Die Bourgeoisie versuchte von Anfang an mit allen Mitteln, den 1. Mai als Kampftag zu verhindern oder ihn seines revolutionären Inhalts zu berauben. Der Charakter der Manifestationen am 1. Mai ist bestimmt durch den Charakter der Gesellschaftsordnung.

In den sozialistischen Ländern demonstrieren die Werktätigen am 1. Mai ihre Unterstützung für die auf Sicherung und Festigung des Friedens gerichtete Politik ihrer marxistisch-leninistischen Parteien und ihrer Regierungen, sowie für aktive Solidarität mit allen antiimperialistischen Kräften.

In den kapitalistischen Ländern spielt der 1. Mai im Kampf um den Frieden, gegen die Hochrüstungspolitik der aggressivsten imperialistischen Kräfte und die Angriffe des Kapitals auf die politischen und sozialen Lebensrechte der arbeitenden Menschen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine große Rolle. ■ TS (aus Kleines Politisches Wörterbuch)

--> Fortsetzung von Seite 1

mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleiben.“

Das war bestimmend für das Verhalten der Sowjetunion gegenüber Deutschland, gegenüber den politischen Kräften in Deutschland, aber auch im Rahmen der Zusammenarbeit mit den USA, Großbritannien und Frankreich im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition vom Anfang an - und bis zum Bruch der Verpflichtungen der Koalition durch die Westmächte.

Dieser Bruch war aber andererseits eine logische Folge ihrer grundsätzlichen Positionierung gegenüber Deutschland. Denn die Politik der Staaten der Anti-Hitler-Koalition wurde nicht nur von den gemeinsamen Zielen des Kampfes gegen das faschistische Deutschland bestimmt. Die spezifischen Ziele der kapitalistischen Hauptmächte unterschieden sich wesentlich von den Zielen der Sowjetunion.

Das Hauptziel der USA bestand in der Zerschlagung des deutschen Konkurrenten. Im Memorandum des US-Außenministeriums vom 10. November 1944 an den Präsidenten hieß es: „Außer einer gründlichen Abrüstung ist es wichtig, dass wir uns für eine solche Orientierung der deutschen Wirtschaft einsetzen, die die Gefahr neuer Rivalitäten aus dieser Quelle ausschaltet. Nach Ansicht der Ministerien müssen unsere langfristigen Ziele für die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands folgende sein: 1. Abschaffung der deutschen Autarkie und 2. Ausschaltung der deutschen wirtschaftlichen Vormachtstellung in Europa“ - Ziele, die offensichtlich von Bestand sind!

US-Präsident Truman wies den amerikanischen Oberkommandierenden am

Aufruf zum Elbe-Tag in Torgau



FRIEDENSDEMONSTRATION

26. April 2025, 11:30 Uhr am Brückenkopf Elbufer [Ostseite]

FRIEDENSKUNDGEBUNG - Bühne mit Tino Eisbrenner und Ernesto Schwarz

FRIEDENSKÜCHE - INFOSTÄNDE - FRIEDENSGALERIE

Info: torgau@dkp.de

10. Mai 1945 an, sich gegenüber der deutschen Bevölkerung nicht wie zu einem vom Faschismus befreiten Volk, sondern wie zu einem besiegten Feind zu verhalten. Es hieß: „Deutschland wird nicht um seiner Befreiung willen okkupiert, sondern weil es ein besiegtes feindliches Land ist“.

Am 11. Juni 1945 wandte sich die KPD mit einem Aufruf an das deutsche Volk. Am 15. Juni wandte sich der Zentralkomitee der SPD an die Bevölkerung. Es zeigte sich, dass Kommunisten und Sozialdemokraten in ihren Vorstellungen und Zielen in vieler Hinsicht damals noch übereinstimmten - obwohl die Schumacher-Plattform schon voll ihre Spaltungspolitik betrieb.

Beide erklärten ihren Willen, ganz Deutschland auf den Weg einer friedlichen und demokratischen Entwicklung zu führen. Damit wird die Behauptung widerlegt, dass es 1945 keine deutsche Politik, sondern nur eine Politik der alliierten Mächte gegenüber Deutschland gegeben habe. ■ AL



„Zu sagen was ist,
bleibt die
revolutionärste Tat.“
Rosa Luxemburg

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de | www.uzshop.de



JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch.

E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

Aktionsaufruf: 80 Jahre Befreiung von Krieg und Faschismus – Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten – US-Raketen stoppen! Aufruf der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

2025 jährt sich zum 80. Mal die Befreiung von Krieg und Faschismus in Europa. Seit 1945 ist der 8. Mai der Tag der Befreiung. Seit 1945? Für die BRD galt das nicht. Es dauerte bis 1985, bis nicht mehr vom Tag der Niederlage, sondern vom Tag der Befreiung gesprochen wurde. Die Hauptlast der Befreiung wurde von der sozialistischen Sowjetunion und der Roten Armee getragen. Über 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion verloren für unsere Befreiung von Krieg und Faschismus ihr Leben. Daran zu erinnern, den Befreier zu danken, das vertrug sich nicht mit Antikommunismus und Kaltem Krieg.

In der DDR war das anders. Von Anfang an war der 8. Mai der Tag der Befreiung, der 9. Mai der Tag des Sieges, waren die Sowjetunion und die Rote Armee die Befreier.

In der alten BRD wurde lange die Angst vor „dem Russen“ kultiviert, die die Faschisten mit ihrer Propaganda gegen die jüdisch-bolschewistischen Untermenschen begründet hatten. Auf diese Grundlage gründet sich die NATO, die seit ihrem Bestehen die Welt mit Krieg und Terror überzieht.

An diese Propaganda wird heute nahtlos angeknüpft. Mit Russlandhass wird die Grundlage gelegt, um dieses Land „kriegstüchtig“ zu machen, wie es SPD, Grüne, CDU/CSU, FDP und AFD fordern. Mit „kriegstüchtig“ meinen sie, dass dieses Land auch eigenständig in der Lage sein soll, Kriege zu

führen. Die Richtung ist klar, es geht gegen Russland und es zielt darüber hinaus auf China.

Dafür sollen ab 2026 neue US-Raketen, Erstschlagwaffen gegen Russland, in unserem Land stationiert werden. Dafür sollen unsere Kinder mit einer neuen Wehrpflicht als Kanonenfutter zur Verfügung stehen. Dafür soll die Wirtschaft zur Kriegswirtschaft umgebaut werden. Dafür sollen wir bezahlen und den Mund halten.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten, Mitglieder der DKP sagen:

Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

Kriegstüchtig nicht mit uns – stoppt die Stationierung neuer US-Raketen!

Wir rufen dazu auf: In möglichst vielen Orten der Bundesrepublik am 8. und 9. Mai auf die Straße zu gehen, um an die Befreiung von Krieg und Faschismus zu erinnern und den Befreier zu danken! In dieses Gedenken beziehen wir den deutschen Widerstand ein, der vor allem aus der Arbeiterbewegung kam.

Wir sagen: Dank Euch ihr Sowjetsoldaten heißt heute: Frieden mit Russland und China! Unterstützt den Berliner Appell gegen die Stationierung neuer US-Raketen in unserem Land. (Seite 4)

Rückblende: 8. März Internationaler Frauentag

Gleichberechtigung? Hatten wir schon mal. Acht von zehn Frauen sahen die DDR als Vorbild an, von dem der Westen lernen könne. „Ostalgie“? Nein, sachlicher Report, bei dem die Enkel die Ohren spitzen.

Gleichberechtigung der Frauen hat im Osten ihre Geschichte. Schon die sowjetische Militäradministration setzte durch, dass Arbeiter und Angestellte bei gleicher Arbeitsleistung unabhängig von Geschlecht und Alter gleich entlohnt wurden.

Und die SED proklamierte 1947 das gleiche Recht der Frauen auf aktive Beteiligung an der Zukunftsgestaltung. In der DDR-Verfassung von 1949 stand dann festgeschrieben: „Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.“

Das 1972er Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft gab den Frauen eine eigenverantwortliche Entscheidungsmöglichkeit innerhalb gesetzter Fristen, eine Regelung, die mit dem Einigungsvertrag aufgehoben wurde. Die Geburtenrate sank dennoch in der DDR nicht. Der VIII. Parteitag, der die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik durchsetzen wollte, steuerte mit seinem Sozialprogramm, das bis in die 1980er Jahre hinein ständig fortentwickelt wurde, dagegen.

Das Wohnungsbauprogramm, Ehekredite für junge Paare, deren Rückzahlung durch die Geburt von Kindern gemindert oder erlassen wurden, die Subventionierung des Lebens-

grundbedarfs, der Mieten, des Nahverkehrs, von Gas, Wasser und Strom, zudem großzügige bezahlte Schwangerschaftsurlaube machten das Kinderkriegen neben der Freude, früh die Elternschaft anzutreten, auch materiell problemloser.

Schon das 1950er Gesetz über Mutter- und Kinderschutz hatte dafür gesorgt, dass Beruf und Familie vereinbar waren. Die Berufstätigkeit der Frauen lag nicht allein im ökonomischen Staatsinteresse, sie war ein Schlüssel zur sozialen Befreiung der Frau. 1989 waren über 90 Prozent der Frauen in Arbeit. Jedem Kind konnte bei Bedarf ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden. Der Arbeitsplatz blieb den Frauen gesichert. ■ (aus UZ vom 07.03.2025)



Grafik: UZ, gemeinfrei



Partei der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand:

Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und des „Bürgergeldes“; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit China und Russland.

Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben, in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP.

Mach mit!

**Den Roten
Brandenburger
per Mail beziehen
oder verteilen?**

Einfach eine Mail schreiben an:
brandenburg@dkp.de

Impressum und Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: brandenburg@dkp.de
Internet: brandenburg.dkp.de
V.i.S.d.P.: W. Richter - c/o DKP Brandenburg -
Carl-Reichstein-Straße 2 - 14770 Brandenburg

„Kennst du schon den Berliner Appell?“ - Unterschriften gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen

Im Sommer letzten Jahres vereinbarten Bundeskanzler Scholz und US-Präsident Biden, dass ab 2026 in der BRD drei Typen konventioneller Mittelstreckenwaffen stationiert werden, die gegen Russland gerichtet sind.

Wie schon die nie dagewesene Aufrüstung der Bundeswehr über Schulden von 100 Milliarden Euro im Jahr 2022 erfolgte auch die Vereinbarung über die Stationierung der US-Raketen ohne vorherige öffentliche oder parlamentarische Debatte.

„Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real.“ So heißt



es im „Berliner Appell“, einem Aufruf verschiedener Friedensinitiativen. Die DKP gehört zu den Erstunterzeichnern. Der Appell kann auch Online unterschrieben werden:

<https://nie-wieder-krieg.org> ■ TS

Verfassungsbeschwerde der DKP

Die deutsche Kriegspolitik geht vor Gericht. Der Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende der DKP, Patrik Köbele und Wera Richter, sowie der Jurist Ralf Hohmann legen Verfassungsbeschwerde gegen die Zustimmung der BRD zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ein. Sie beantragen, dass die Vereinbarung der USA und Deutschlands zur Raketenstationierung als unvereinbar mit Grundgesetz und Völkerrecht erklärt wird und die Bundesregierung ihre Zusage zur Stationierung zurückziehen muss.

„Bei diesen Raketen handelt es sich um Angriffswaffen. Aufgrund der praktisch kaum noch vorhandenen Vorwarnzeit geht mit der Stationierung in Deutschland eine riesige Eskalationsgefahr einher“, sagt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. „Mit den Raketen will die NATO ihre Erstschlagfähigkeit steigern. Die Stationierung muss gestoppt werden, bevor Deutschland zum Schlachtfeld wird und es zum großen Krieg kommt!“, so Köbele.

Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Kontakt zur nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

E-Mailadresse

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: brandenburg@dkp.de

Ich möchte die DKP Brandenburg finanziell unterstützen.

Sparkasse Märkisch-Oderland, IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20

